



# Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der Union Internationale des  
Syndikats des Police

Landesbezirk Saarland

[gdp-saarland@gdp-online.de](mailto:gdp-saarland@gdp-online.de) \* [www.gdp-saar.de](http://www.gdp-saar.de)  
Fon: (0681) 811498 \* Fax: (0681) 815231

**Pressemitteilung**  
Saarbrücken, 18. März 2003

## **Polizeiliche Kriminalstatistik 2002: Nicht einfach zur Tagesordnung übergehen!**

Saarbrücken: Die in der vergangenen Woche veröffentlichte Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2002 im Saarland (PKS) weist eine Gesamtzahl von 72601 erfassten Fällen und damit einen dramatischen Anstieg um fast 20 % im Verhältnis zum Vorjahr aus.

Nach bisherigem Kenntnisstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) handelt es sich dabei um den stärksten Anstieg bundesweit überhaupt. Die ansonsten bislang bekannten höchsten Steigerungsraten bewegen sich etwa in Niedersachsen bei 7,3 % oder in Nordrhein-Westfalen bei 6,2 %. Den Anstieg mit der „neuen Computererfassung und damit verbundenen vollständigeren Datensätzen“ erklären zu wollen, ist für die saarländische GdP überraschend und nicht nachvollziehbar. Im letzten Jahr gab es nämlich, bezogen auf den seinerzeit für das Jahr 2001 festgestellten Rückgang um 5,7 % im Verhältnis zum Vorjahr 2000, eine heftige Debatte um die Zuverlässigkeit und Nutzbarkeit der PKS. Damals wurden seitens des Innenministeriums zwar Schwierigkeiten und kleinere Defizite bei der Datenerhebung eingeräumt, die aber letztlich die Aussagekraft der PKS 2001 insgesamt nicht beeinträchtigten. In einer Pressemitteilung vom 28. Februar 2002 stellte der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Georg Jungmann, gleichsam fest, dass es „im Rahmen der Umstellung des EDV-Systems lediglich zu minimalen Abweichungen gekommen ist, die Statistik daher grundsätzlich aussagekräftig sei und sich das im Frühjahr 2001 reformierte Polizeigesetz offenbar mit positiv auf die Kriminalitätsentwicklung ausgewirkt habe.“

Hierzu der GdP-Landesvorsitzende Hugo Müller: „Es kann nicht sein, dass man im Zusammenhang mit diesem so wichtigen Instrument zur Erhebung und Bewertung der Kriminalitätsentwicklung mit den Ellen misst, die einem gerade passen. Damit wird man unglaublich und gefährdet langfristig das Vertrauen und den Glauben in solche statistischen Erhebungen. Was im vergangenen Jahr richtig war, kann doch ein Jahr später nicht plötzlich völlig falsch sein! Daher erwartet die GdP eine kritische Analyse des ermittelten

Zahlenwerkes sowie eine offene und faire Diskussion über die hieraus zu ziehenden notwendigen Konsequenzen.“

So ist aus Sicht der GdP etwa besonders auffällig, dass es bei den Wohnungseinbrüchen – einem Deliktsfeld, das besondere Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung hat - einen Anstieg um rund 27 % gab, die Gewaltkriminalität gar um 36,3 % gestiegen ist oder Jugendliche und Heranwachsende nach wie vor überproportional als Tatverdächtige festgestellt werden. Auch die sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den Landkreisen verdienen ein besonderes Augenmerk.

Hugo Müller weiter: „Die jetzt vorliegenden Daten müssen auch unter dem Gesichtspunkt bewertet werden, ob personelle und materielle Ressourcen bei der Polizei richtig verteilt sind. Wenn die Zahl der im Wechselschichtdienst eingesetzten BeamtInnen – also die Gruppe, die den größten Anteil an polizeilicher Präventionsarbeit bringt - ständig geringer wird, braucht man sich über eine solche Entwicklung nicht zu wundern. Gleichmaßen ist es notwendig, die Bemühungen um kommunale Sicherheitspartnerschaften zu intensivieren. Die Polizei als letztes Glied in der Präventionskette ist alleine sicherlich überfordert.“

Dass trotz aller personellen, materiellen und finanziellen Erschwernisse die saarländische Polizei im vergangenen Jahr eine Aufklärungsquote von 52,2% erreicht hat, ist mehr als anerkennenswert.

Hugo Müller: „Ich muss meinen Kolleginnen und Kollegen ein ganz großes Kompliment für ihre tolle und motivierte Arbeit machen. Trotz aller Erschwernisse eine Aufklärungsquote im bundesweiten Spitzenfeld zu erreichen, verdient große Anerkennung. Die politisch Verantwortlichen müssen allerdings auf der Hut sein. Mit geringeren Einstellungsquoten, verminderten Beförderungsbudgets oder Gehaltseinbußen über das Reduzieren oder Streichen von Urlaubs- und/oder Weihnachtsgeld wäre die Motivation der Polizeibesetzten und damit das hohe Arbeitsniveau mehr als gefährdet. Innere Sicherheit muss ein Wert jenseits allen ökonomischen Kalküls bleiben!“